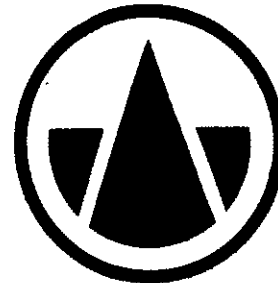


S-2611
FEB 1973

DEMOKRATISCHE MITTE (DM)

MITGLIED DER
DSU/SLH



Zum Kotten Bären

Erbaut um 1120



Lückenlose Reihe
seiner Gastwirte von 1387 bis
heute urkundlich nach-
gewiesen.

Telefon: (0761) 36969/35121

Hotel · Restaurant · Weinstuben
Ältester Gasthof Deutschlands

Fahren Sie gerne Auto und suchen einen Nebenverdienst?

Als führendes Unternehmen unserer Branche legen wir großen Wert auf ein überdurchschnittliches Niveau unseres Fahrpersonals. Wir beschäftigen daher laufend Studenten und Studentinnen sowohl aushilfsweise während der Semester wie hauptberuflich in den Ferien. Als Dienstleistungsunternehmen mit 24-Stunden- und Sonn- und Feiertagsbetrieb können wir außergewöhnliche Arbeitszeiten bieten: Tag- und Nachtschichten oder auch Abend- bzw. Spatschichten.

Bei guter Führung und Mitarbeit ergeben Grundlohn, Prämien und Trinkgelder einen Monatsverdienst von ca. DM 1300,- bis DM 1400,-.

Bewerber sollen eine mehrjährige, möglichst vielseitige Fahrpraxis nachweisen können, zuverlässig sein, vorbildliche Umgangsformen besitzen. Sie müssen gewillt sein, sich reibungslos in unsere straffe Betriebsorganisation einzufügen und unsere gute, aber auch anspruchsvolle Kundschaft aufmerksam, höflich und zukommend zu bedienen. Interessenten werden um persönliche Vorstellung gebeten in unserem Büro, Stefan-Meier-Straße 133, STINNES-FANAL-Großtankstelle, täglich von 10.30 bis 12.00 Uhr und 16.00 bis 17.30 Uhr.

dettinger
Freiburgs führendes
Taxi-Unternehmen 2 44 44

Inhaltsverzeichnis:

- I Demokratische Mitte und was wir unter "demokratisch" verstehen
 - II Oldtimer Planwirtschaft als moderner Sechszylinder
 - III Zur Lage vor den Wahlen zum Großen Senat
 - IV Zum Thema Bafög
-

Herausgeber: Demokratische Mitte
Mitglied der DSU/SLH
78 Freiburg Sedanstr. 24
Telephon: 0761/24869

Redaktion: Stephan Ballhausen
Sebastian v. Rotenhan
Wolfgang Schuster

Anzeigenleitung: Elke Hangebruch

Umschlagsentwurf: Michael Schleiner

Erscheinen: Einmalig zu den Wahlen
zum Großen Senat Ws 72/73

Herstellung: Druckerei Rauscher
78 Freiburg Eisenbahnstr.64
Telephon: 0761/36363

Auflage: 8000

I Demokratische Mitte

und was wir unter "demokratisch" verstehen

Überlegungen zum Demokratieverständnis :

Demokratie kann interpretiert werden nach zwei grundsätzlich verschiedenen Anschauungen : der relativierenden und der absolutierenden Betrachtungsweise.

Bei der absolutierenden Anschauung ist die Staatsform Produkt des schöpferischen Denkaktes des Autors.

Dieses Demokratieverständnis, vertreten im Altertum insbesondere von Plato (Herrschaft der Besten), später von Rousseau, der dem volonté générale alles unterordnen will, findet sich wieder bei all den Ideologen, die von sich selbst als den Trägern des "wahren" und "richtigen" Bewußtseins sprechen.

Es zeichnet sich durch drei Merkmale aus: Schaffung einer vollkommenen Ordnung, Festsetzung dessen, was als absolut wahr zu gelten hat und das Bestreben, einen neuen Menschen zu schaffen.

Bei der relativierenden Betrachtungsweise ist die Staatsverwirklichung abhängig von Raum und Zeit, d.h., die politische Form ist Ausfluß der erfahrenen Realität.

Dieses Ideengut ist in den Anfängen bereits bei Aristoteles zu finden, wird präzisiert von Montesquieu und der Naturrechtslehre (insbes. von John Locke), die ihren ersten Niederschlag in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung findet.

Entscheidend für diese Betrachtungsweise ist, daß der Mensch als Individuum den höchsten Wert darstellt und unveräußerliche Rechte hat. Dem Staat hingegen ist als Wichtigstes die Sicherung dieser Grundrechte aufgegeben.

Welcher der obigen Anschauungen ist nun zu folgen ?

Ausschlaggebend für die Beantwortung dieser Frage ist, welches Demokratieverständnis (und deren Verwirklichungen einer bestimmten Gesellschaftsordnung) dem Menschen am besten gerecht werden kann. Dies hängt vom "Wesen" des Menschen ab und davon, was der Mensch als "gut" empfindet.

Der Mensch ist von Natur aus ich-bezogen und richtet daher sein Handeln nach den Kriterien des eigenen Nutzens. Für den Einzelnen ist gut, was ihm nützt und der Gemeinschaft, auf die er angewiesen ist, nicht schadet. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines Kompromisses zwischen Eigen- und Gemeinschaftsinteressen ist Grundlage jedes organisierten Zusammenlebens und damit des Staates.

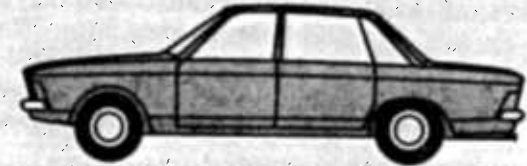
Ausgehend von diesem Kompromiß beinhaltet eine humane Gesellschaft, d.h., eine Gesellschaft, die dem menschlichen Wesen entspricht, stets Pluralismus und als notwendige Voraussetzung dafür Toleranz gegenüber dem Andershandelnden und Andersdenkenden.

Pluralismus und Toleranz sind jedoch bei allen Ideologien nicht möglich, die sich selbst im Besitz der absoluten Wahrheit glauben. Denn jedes Zugeständnis gegenüber dem Andersdenkenden ist ein Abweichen von der "objektiven Wahrheit". Vielmehr müssen alle, notfalls mit Gewalt, gezwungen werden, das "Gute" zu wollen.

Das "Gute" für den Menschen schlechthin gibt es aber nicht, da jeder einzelne verschiedene Vorstellungen von dem hat, was als gut anzusehen ist. Deshalb kann nur eine Gesellschaft, die dem Einzelnen einen Freiraum läßt und ihn in seiner Verschiedenartigkeit toleriert, dem Menschen gerecht werden.

Aufgabe eines demokratischen Staates kann somit nur eine ordnende sein, indem er zwischen den verschiedenen Interessen ausgleicht und den sozial Schwächeren schützt.

Auto-Kallinich



**VW-Spezialist
und
Unfalldienst**

Kundendienst · Reparaturen

78 Freiburg i. Br., Schwarzwaldstraße 111

Tel.: 3 59 81

II Oldtimer Planwirtschaft als moderner Sechszylinder

Die ökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sind Dreh- und Angelpunkt sozialistischer und marxistischer Kritik. Trotz der nicht von der Hand zu weisenden wirtschaftlichen und sozialen Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft des Sozialismus, hat sich die Marktwirtschaft, zumal auch sie nicht imstande ist, das Paradies auf Erden herbeizuführen, in der ideologischen Auseinandersetzung der Systeme noch nicht entscheidend behaupten können. Immer wieder versuchen geschickte Ideologen, uns den Oldtimer Planwirtschaft als modernen Sechszylinder zu verkaufen. Daß sie das mit zum Teil großem Erfolg tun, hat seinen tieferen Grund darin, daß den meisten der unauflösbare Zusammenhang zwischen Freiheit, freier Wirtschaftsbetätigung und Demokratie nicht eindeutig verständlich geworden ist. Hier gilt es Klarheit zu schaffen.

1) Freiheit:

Es besteht kein Zweifel daran, daß das Versprechen einer größten Freiheit die wirksamste Waffe der sozialistischen Propaganda geworden ist und daß der Glaube, der Sozialismus werde diese Freiheit bringen, ehrlich und aufrichtig ist. Sozialismus bedeutet aber nichts anderes als Organisation, Organisierung und Reglementierung des Lebens von der Wiege bis zum Friedhof. Das ist mit dem erforderlichen Mindestmaß an persönlicher Freiheit und Selbstverantwortung nicht zu vereinbaren.

2) Wirtschaftliche Freiheit:

Sozialismus bedeutet aber nicht nur die Vorstellung von der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit, sondern er schreibt auch den Weg zur Erreichung des Zieles vor, die Methode. So gesehen, bedeutet Sozialismus die Abschaffung der Privatunternehmen und des Privateigen-

tums an Produktionsmitteln, sowie die Schaffung eines Planwirtschaftssystems. Die Freiheit hört also bereits dort auf, wo der Mensch es unternimmt, durch private wirtschaftliche Akte sein Leben nach seinen Wünschen zu gestalten. Die Planwirtschaft als Hauptinstrument sozialistischer Politik kann keine Privatwirtschaft zulassen, da ein Planen dann nicht mehr möglich ist. In der Praxis ist die Planwirtschaftsbehörde der mächtigste Monopolist, den man sich vorstellen kann. Und dem ist man dann auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert.

Auch wenn man den guten Willen der Planwirtschaftler voraussetzt, so ist doch das Entscheidende, daß jeder nur einen sehr begrenzten Bereich überblicken und sich der Dringlichkeit von Bedürfnissen nur in beschränkter Anzahl bewußt sein kann, mithin also auch die Ziele, um die er sich kümmern kann, nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Bedürfnisse der Gesamtheit ausmachen.

Wer also die gesamte Wirtschaftstätigkeit lenkt, verfügt über die Mittel der Erfüllung aller Wünsche. Ob er will oder nicht: er muß sich zum Richter über die Menschen aufschwingen, welche Wünsche befriedigt werden sollen und welche nicht. Das Ende jeglicher Freiheit !

3) Demokratie

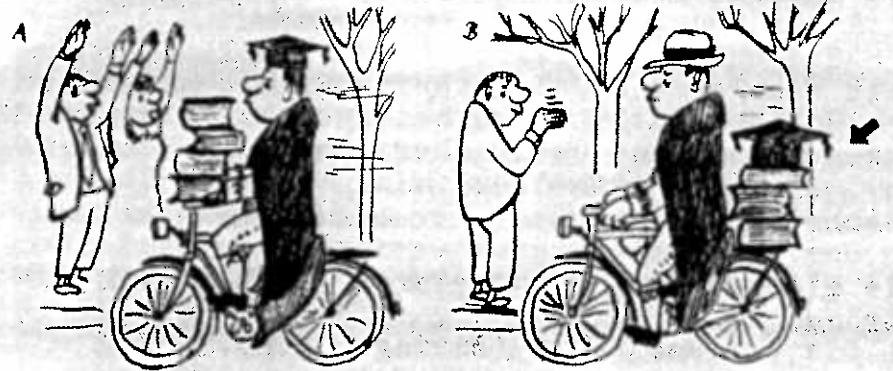
Der Begriff "Demokratie" und unsere Vorstellungen dazu wurden im ersten Artikel bereits hinreichend erörtert.

Quintessenz:

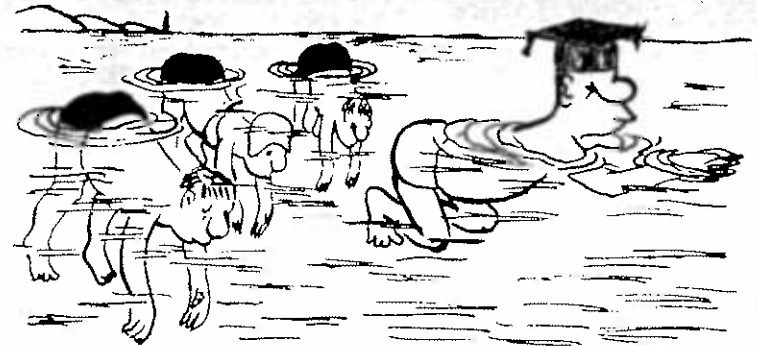
"In einem Land, in dem der Staat der einzige Arbeitgeber ist, bedeutet Opposition langsamen Hungertod. An die Stelle des alten Grundsatzes: Wer nicht arbeitet, soll nicht essen, ist ein neuer getreten: Wer nicht gehorcht, soll nicht essen."

(L. Trotzki 1937)

UMGANG MIT ORDINARIEN



Radelnde Professoren in vollem Ornat befinden sich auf dem Weg zur Vorlesung und sind mit Jubel zu begrüßen (A). Abgelegte Amtszeichen (Pfeil) und bürgerliche Kopfbedeckung deuten auf inoffiziellen Aufenthalt. Die Begrüßung durch den Studenten bleibt freundlich, doch dezent (B).



Auch vorüberschwimmende Professoren haben Anspruch auf Huldigung von Seiten der Studenten. Hier entspricht jedoch schon eine ehrerbietige Verneigung im Winkel von 90 Grad den Bestimmungen des akademischen Zeremoniells.

Loriot nachempfunden.

III Zur Lage vor den Wahlen zum Großen Senat

Die anderen politischen Kräfte an der Universität Freiburg:

Für diejenigen Kommilitonen, die in letzter Zeit weniger die Gelegenheit hatten, sich mit der Hochschulpolitik zu befassen, stellt sich gegenwärtig eine wenig übersichtliche Szenerie dar. Zu ihrer Aufhellung sind folgende Zeilen geschrieben.

An der Universität gibt es unter den Studenten, die sich politisch engagieren, drei große Strömungen:

- 1) Die extreme Linke (Basisgruppen, "S"HB, MSB Spartakus, KHG)
- 2) Die gemäßigte Mitte (DM, FHF)
- 3) Die rechte Mitte (RCDS)

Die Linksliberalen sind ausgestorben. Sie haben sich zu den Linksextremisten oder zur Demokratischen Mitte orientiert. Eine studentische Rechte existiert in Freiburg nicht.

- 1) Die extreme Linke

Diesen Gruppen gemeinsam ist das Bekenntnis zum Kommunismus, d.h., die ideologische Grundlage dieser Gruppen ist der Marxismus-Leninismus, den sie allerdings in ihrer politischen Agitation unterschiedlich interpretieren. Diese Gruppen bekämpfen sich untereinander etwa analog dem Streit christlicher Sekten, die sich alle auf die Bibel berufen. Einig sind sie sich in ihrem Antiparlamentarismus und ihrem Antipluralismus, kurz ihrer demokratiefeindlichen Grundeinstellung. Dieser Dogmatismus vereint sie im Kampf gegen unsere parlamentarische Demokratie sowie die mit ihr verbundenen Wirtschaftsordnung, der sozialen Marktwirtschaft. Sie belegen unsere Form gesellschaftlichen Lebens mit Schlagworten wie "Monopolkapitalismus", "Konsumterror" und "Imperialismus", ohne jemals Kritik an den Zuständen in ihren jeweiligen sozialistischen Paradiesen, die sie

als ihre Vorbilder hinstellen, zu üben.

a) Uni - Basisgruppen

Welcher Komilitone freute sich nicht, wenn eine Gruppe sich der Fachschaftsarbeit annehmen will und dieses Unternehmen auch noch zentral koordiniert sein soll.

Leider aber trägt der Schein einer konstruktiven Fachschaftsarbeit der Basisgruppen. In Wirklichkeit geht es ihnen weniger um studentische Interesse als vielmehr um eine revolutionäre Politisierung der Studenten, wozu dann soziale Mißstände herhalten müssen. Die Zukunft der Basisgruppen wird davon abhängen, wie bald sich die Studentenschaft dieses Täuschungsmanövers bewußt wird.

Wer die Agitation der Basisgruppen kennt, dem wird folgendes klar:

Verbesserungen in Studienbelangen werden nur dort durchzusetzen versucht, wo sich Chancen einer Polarisierung oder Solidarisierung eröffnen (Herstellung eines revolutionären Konflikts !).

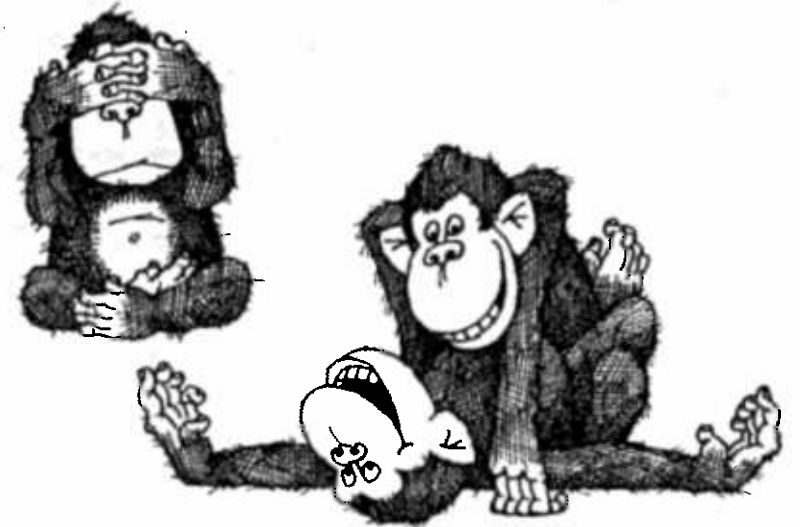
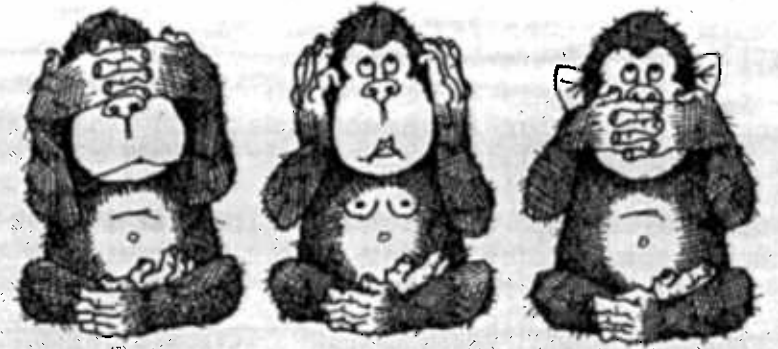
Die Verschärfungspolitik als Mittel des revolutionären Kampfes wird konsequent betrieben. Die Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden wird, wo immer sie sich anbaut, boykottiert. Jeder Mißstand - und es wird immer solche geben - wird generalisiert, um als Systemkrankheit hingestellt zu werden.

Also: Wer diese Politik erkennt, dem wird klar, daß die Basisgruppen keine Konflikte zu beseitigen in der Lage sind, sondern den Konflikt suchen und dann verschärfen. Die Basisgruppen betreiben deshalb eine studentenf
feindliche Politik.

Konflikte
Gratifik.
Zustand der
Kapital-
verhältnisse
den ich
hinzu
zu den
Länd.
Studentische
Bewegung als
die-bewegung

b) "S"HB

Wenn man in letzter Zeit etwas öfter von die-
sen Mächtgernrevolutionären gehört hat, liegt dies allerdings weniger an ihrer Aktivität als an dem "S" in ihrem Namen. Das Landgericht Bonn hat endlich Klarheit geschaffen. Diese



Gruppe darf sich nicht weiter "sozialdemokratisch" nennen. Wäre nicht zufällig der Prozeß gelaufen, könnte man annehmen, der "S"HB existiere gar nicht mehr, so bedeutend war seine Aktivität. Seit er nach den letzten Studentenratswahlen mit den Basisgruppen den ASTA bildete, hörte man nichts mehr von ihm außer ein paar Sätzen im ersten ASTA-Info dieses Semesters, die darin gipfelten, er habe den Schwerpunkt seiner politischen Arbeit auf die Diskussion innerhalb der eigenen Gruppe gelegt. Doch was sich in dieser Richtung tat, oder was man erreichte, darüber wurde Stillschweigen bewahrt. Oder wollte man hier kein Geheimnis verraten?

c) MSB Spartakus

Diese, mit der DKP sympathisierende Hochschulgruppe, deren Mitglieder sich in Schulungskursen ideologisch trainieren, hat sich in der Öffentlichkeit bisher vor allem durch die Einladung von DDR-Funktionären zu Vortragsabenden hervorgetan. In Freiburg hat er seine Position vor allem durch einen Büchertisch weiter"gefestigt". Denn außer Angriffen auf alles und jedes, was nicht mit der Spartakus-Ideologie und sturen DDR-Doktrinen übereinstimmt, hat er an konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der Lage der Studenten nichts zu bieten. Es ist bezeichnend, daß diese Genossen die Diktaturmethoden des SED-Staates befürworten.

2) Die gemäßigte Mitte

These: Diese Mitte repräsentiert die Mehrheit der Studenten.

Daß dies bisher nicht in Erscheinung trat, hat verschiedene Gründe:

- Für die Mehrheit der Studenten ist das Studium eine relativ kurze Übergangszeit bis zum Eintritt in das Berufsleben. Das Studium läßt zu wenig Zeit für eine fundierte politische Betätigung.
- Viele Studenten zeigen kein oder nur wenig politisches Interesse. Ihre Entscheidung,

anderen Aktivitäten als den politischen den Vorzug zu geben, betrachten sie als ihr gutes Recht.

- Viele Studenten trauen es sich nicht zu, ihre Meinung öffentlich zu vertreten.

Den gemäßigten Gruppen gemeinsam ist das Bekennnis zur parlamentarischen Demokratie, zur Rechtsstaatlichkeit und zur Freiheit des Individuums. Gemeinsam ist ihnen auch die Ablehnung jeder Form von Diktatur.

In der Studentenpolitik sind sie sich einig, daß der Kampf um die Verbesserung unserer Ausbildung nicht auf dem Wege des Boykotts betrieben werden kann. Jeder, der es mit der Forderung nach Mitbestimmung ernst meint, muß auch bereit sein, die wenig spektakuläre, aber basisnahe Arbeit in den Gremien mitzutragen.

a) Demokratische Mitte

Wer dieses Heft durchgelesen hat, weiß, was wir wollen !

b) Freiburger Hochschulforum (FHF)

Was vom FHF zu halten ist, weiß keiner. Wie es scheint, wissen dies noch nicht einmal die eigenen Mitglieder. Schön periodisch - nämlich zu den Wahlen - taucht man aus dem Untergrund auf, in den man nach der Wahl gleich wieder verschwindet. Das Einzige, was man von dieser Gruppe hört, ist, daß sie, bei Abgrenzung gegen die extreme Linke, unabhängig ein eigenes politischer Programm vertreten möchte. Aber wie dieser Programm aussieht, darüber schweigt man sich aus. Im Interesse einer zeitgemäßen, hochschulpolitischen Konzeption und deren Realisierung wäre ein konstruktiver Globalbeitrag des FHF wünschenswert, der einmal auf das eingeht, was man verwirklichen will.

3) Die rechte Mitte / Der RCDS

Nach allem, was man von einer demokratischen, bundesweit organisierten Hochschulgruppe erwarten könnte, müßte der RCDS in Freiburg ein ernstzunehmender Gegner für die Demokratische

Mitte sein. Daß er dies bisher nicht war, liegt vor allem daran, daß sich die meisten Mitglieder des RCDS zu vornehm dünkten, als daß sie ihre Hände mit politischer Arbeit beschmutzen würden. Eine zunehmende Aktivität ist dieser Gruppe in letzter Zeit jedoch nicht abzusprechen. Zwar scheint der RCDS unter einer laufenden Profilneurose zu leiden, jedoch ist sein Einsatz für die Beibehaltung einer demokratischen Hochschule anerkennenswert. Die vom RCDS vertretene Politik deckt sich im wesentlichen mit den Richtlinien der CDU/CSU.

Altbierstube



Alte Münz

78 Freiburg i. Br.
Salzstraße 13
Telefon 27 74 26
In der Passage
des Kunstsalon Straetz

Einen Besuch wert!

Alte Münz

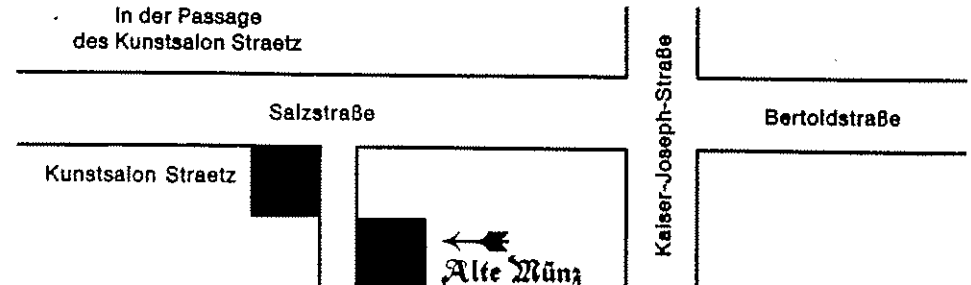
Hannen Alt und Mutchler Pils vom Faß
Königs Pilsener aus der Flasche.

Snack's, Steak's, Toast's, Ripple, Käsebrötchen,
Schinkenbrötchen u. a.

Kaffee, Tee und große Auswahl an sonstigen
Getränken.

P. S. Apfeikorn

Täglich von 11.00—24.00 Uhr, Samstag bis 1.00 Uhr,
Sonntag ab 17.00 Uhr geöffnet.



$$420 = 600 - 180$$

Das ist die Gleichung für das soziale Elend vieler Studenten nach dem Bafög !

DM 420.- beträgt der monatliche Höchstförderungssatz für Studenten nach dem Bafög aus dem Jahre 1971

DM 600.- beträgt der monatliche Mindestbedarf eines Studenten nach Berechnungen des Deutschen Studentenwerks im Jahre 1972

DM 180.- liegt danach der monatliche Höchstförderungssatz des Bafög unter dem monatlichen Mindestbedarf eines Studenten

Dabei ist zu bedenken, daß nur rund ein Drittel aller Studenten nach dem Bafög gefördert werden und davon wiederum nur ein Bruchteil den Höchstförderungssatz erhalten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß wir immer noch eine familienabhängige Ausbildungsförderung haben. Das heißt: Ob und wieviel Ausbildungsförderung ein Student erhält, ist abhängig vom Einkommen und Vermögen des Studenten, seiner Eltern oder eines Ehegatten.

Die DM fordert daher eine Ausbildungsförderung mit folgenden Prioritäten:

- 1) Kostendeckende Ausbildungsförderung
- 2) Familienunabhängige Ausbildungsförderung

Die DM ist realistisch genug, um zu wissen, daß diese Forderungen nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. Sie ist aber überzeugt, daß wir durch eine schrittweise Anhebung der Förderungssätze und der Freibeträge bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen langfristig zu einer kostendeckenden, familienunabhängigen Ausbildungsförderung kommen werden

Die DM fordert als Sofortmaßnahmen:

- 1) Anhebung des monatlichen Förderungshöchstbetrages von DM 420.- auf DM 520.-
- 2) Erhöhung des Elternfreibetrages von DM 800.- auf DM 1200.-
- 3) Bei verheirateten Studenten einen anrechnungsfreien Betrag von DM 300.- monatlich für jedes Kind.

Die DM fordert langfristig:

Schrittweise weitere Anhebung der Förderungshöchstbeträge und der Freibeträge, bis die volle Kostendeckung und Familienunabhängigkeit erreicht ist.

Die Bedarfssätze sind jährlich unter Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Einkommensverhältnisse in Anlehnung an die Steigerungsraten nach dem Rentenanpassungsgesetz neu festzusetzen.

Das Bafög
sieht ein System von
Eignungs- und Leistungs-
kontrollen vor
(§§ 1, 9, 46-48)

Die DM
bekennt sich zwar
grundsätzlich zum
Leistungsprinzip,
hält aber die Kontrol-
len des Bafög für zu
repressiv und schema-
tisch. Jeder zur Uni
zugelassene Student
ist zu fördern

Das Bafög
beinhaltet - zumindest
für die Zeit nach dem
30.6.74 - eine Beschrän-
kung der studentischen
Mitentscheidungsbefug-
nisse in den Förderungs-
ausschüssen

Die DM
fordert ausreichende
Mitentscheidung der
Studenten in paritätisch
besetzten För-
derungsausschüssen.

Übrigens:

In Frankfurt wurden zehn Komilitonen, die wegen des n.c. vorerst nicht zum Medizinstudium zugelassen worden waren und auf Biologie auswichen, später aber doch einen Platz an der med. Fak. erhielten, die Bezüge aus dem Bafög wegen unerlaubten Fakultätswechsels gestrichen. Auf Grund einer Initiative der Deutschen Studenten Union (DSU/SLH), der die DM angehört, wurde diese Entscheidung sofort rückgängig gemacht. Die Komilitonen erhalten weiter ihre Ausbildungsförderung.



Parabel
JOUR

Café-Bar, Universitätsstraße 3,

9.00 bis 24.00 Uhr

Faßbier, Harte Sachen, Sanfte Sachen, Snacks, Toast, Brote,

Ein Beitrag zur N.C. - Diskussion

Der derzeitige N.C. ist ein sachlich nicht begründbarer und ungerechter Zulassungsmodus, vor allem, weil sein Zulassungskriterium, die Abiturnoten, weder den Ansprüchen an das Gleichheits-, noch jenen an das Qualifikationsprinzip gerecht werden kann. Hierzu ist genug geschrieben. Hier sollen nun Merkmale und Aspekte eines Zulassungssystems angesprochen werden, dessen Attraktivität in maximaler Gerechtigkeit und Praktikierbarkeit liegt.

Man muß heute davon ausgehen, daß die Zahl der Bewerber stets größer ist als die Zahl der Studienplätze. Ferner muß berücksichtigt werden, daß sich dieser Zustand in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Diese langfristige Knappheit der Studienplätze zusammen mit der relativen Größe der Universitäten des 20. Jahrhunderts machen eine gründliche Reform des Zulassungssystems nötig. Die Zeiten unserer Urgroßväter sind vorbei! Es geht nicht mehr an, daß jeder, der das Abitur erworben hat, studieren kann, wo, wann und was er will. Von etlichen Gründen sei hierfür der folgende angeführt:

Es wäre möglich, die Gesamtzahl der Studierenden über das Abitur zu regulieren und mit der Gesamtzahl der Studienplätze etwa abzustimmen - ein abzulehnender Mechanismus freilich. Nicht so läßt sich hingegen mit der freien Fach- und Ortswahl verfahren. Neben den individuellen Wünschen des einzelnen Studienbewerbers stehen dem die immer ernster zu nehmenden Modetrends bei Fach- und Ortswahl entgegen. Diese sind aber unvereinbar mit den objektiven und gerechtfertigten Ansprüchen der Gesellschaft an die Universität, in bestimmter Quantität qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden. Hinzu kommt, daß Universitäten weder in baulicher noch in per-

soneller Hinsicht flexibel genug sein können, hinreichend rasch auf diese modischen Trends zu reagieren.

Es ist deshalb zu fragen, was ein System kennzeichnen sollte, das

1) maximale Gleichheit der Zulassungsunterlagen

2) Möglichkeiten differenzierter Zulassungssteuerung gewährleistet. //

Eine Priorität muß der Beseitigung oder Entwertung des Abiturs eingeräumt werden. Zwar könnte unter größerem Aufwand die Reifeprüfung zentralisiert und vereinheitlicht werden, doch dürfte es unmöglich bleiben, aus den Noten des Reifezeugnisses die Eignung eines Bewerbers, d.h., seinen Leistungswillen und sein Leistungspotential, bezüglich einer gewählten Studienrichtung zu beurteilen.

Diese differenzierte Beurteilung kann nur der Universität obliegen. Das geschieht z.B. in England, wo jede Universität ihre Studienplätze offiziell ausschreibt und nach dem Prinzip des freien Wettbewerbs nach schriftlicher und mündlicher Prüfung vergibt. Zur Beteiligung an dieser

Aufnahmeprüfung ist eine bestimmte Schulqualifikation erforderlich. Einen anderen Lösungsweg bietet der Hamm-Brücher Plan: Keine Schulabschlußprüfung, keine Hochschulaufnahmeprüfung. Nach dem Grundstudium, das für Absolventen von Gymnasien ein Jahr, für Absolventen beruflicher Bildungswege zwei Jahre dauern soll, wird der Student graduiert, hat also eine Art akademischen Abschluß. Dieser berechtigt zum Übergang in das zweijährige Hauptstudium. Was hier mißfällt, ist eine mangelnde Differenzierung in der Behandlung verschiedener Fächer, bzw. Fachbereiche. Ferner bezweifle ich aus vielen Gründen, ob es sinnvoll ist, nach einem Jahr in der Graduierung eine Art Fachabitur einzuführen. Ich ziehe mit hin die Eingangsprüfung nach schulischer Qualifikation a la England vor. Sie bietet den Vorzug der genauen Abstimmung von Bewer-

bern und Plätzen.

Die Variationsmöglichkeiten dieser Eingangsprüfung liegen in den Möglichkeiten von Zentralisierung (Frankreich) und Dezentralisierung (England). Gut ließe sich auch ein System zentraler Aufgabenstellung bei der schriftlichen Prüfung vorstellen, an das sich eine dezentralisierte Auswertung mit persönlichen, mündlichen Prüfungen an den einzelnen Universitäten anschließt, so daß das Spektrum groß ist.

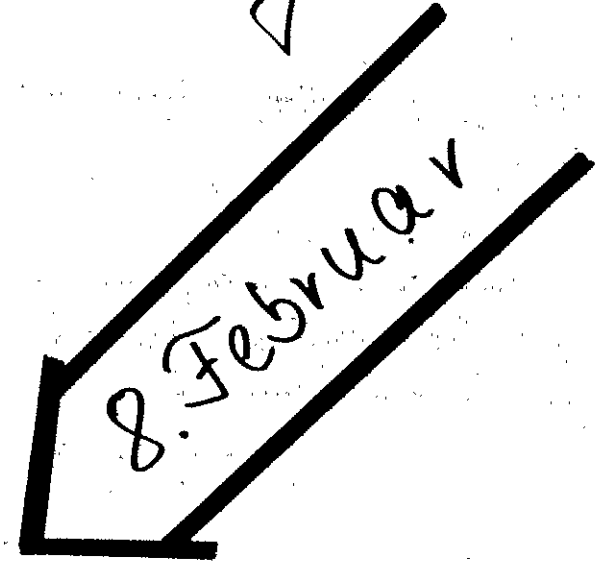
Ich ziehe folgende Konsequenzen:

- 1) Von einer Vereinheitlichung des Abiturs ist nichts zu erwarten.
- 2) Der N.C. ist Realität, man kann die Vokabel ersetzen, die Zulassungsbeschränkung nicht.
- 3) Eine gerechte Zulassung muß sich an Kriterien, die sich an Leistungswillen und -potential ausrichten, orientieren.
- 4) Die Kompetenz für die Hochschulzulassung muß von der Schule auf die Uni übertragen werden.
- 5) Intensive Studienberatung, die über Aufgabengebiete und Chancen im späteren Beruf aufklärt, muß zur Verpflichtung gemacht und ausgebaut werden, nicht zuletzt, um Modetrends bei der Fachwahl wirkungsvoll entgegenzutreten.

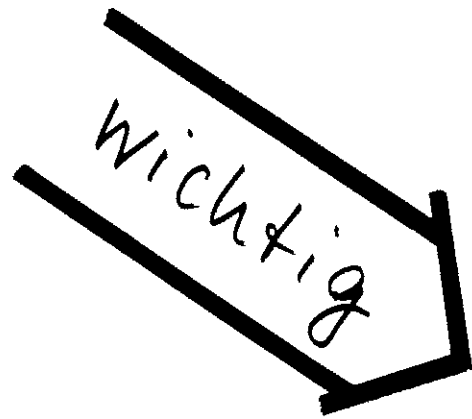
Michael Heberer



Nicht vergessen!



Wahlen: großer Senat



Studenten-
ausweis
mitbringen



WENN SIE ENGAGEMENT AN DER HOCHSCHULE
IM INTERESSE DURCHGREIFENDER REFORMEN FÜR RICHTIG HALTEN
DANN FREUEN WIR UNS AUF IHRE MITARBEIT!

Schreiben Sie an: Demokratische Mitte, 78 Freiburg i.Br., Sedanstraße 24
Telefon 2 48 69

und auf Ihre Stimme
am 8. Februar



BRILLEN-CONTACTLINSEN
ROSSET

Viele Ihrer Kommilitonen tragen schon unsere Linsen.
Beratung individuell und kostenlos
78 Freiburg, Salzstr. 8-10 · Tel. 3 99 41

Deutsche Studentenunion /
Sozialliberaler Hochschulverband